

1919. 3310- Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle
abgeholt vierteljährlich 3 M — &.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Beilage oder deren Raum für Geisenheim 15 &;
außwärtsiger Preis 20 &. Reklamezeile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 2.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag, den 6. Januar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

Das neue Reichstagswahlrecht.

Die Vorentwürfe zum Reichswahlgesetz werden, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in der allernächsten Zeit der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Die Vorentwürfe sind auf dem sogenannten „automatischen System“ aufgebaut, das schon für die Wahlen zur badischen Volkskammer eingeführt worden ist. Jedem Wahlvorschlag sollen hiernach so viele Abgeordnetenstimmen zugewiesen werden, als die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen sich durch 60 000 (in Baden 10 000) teilen läßt. Die nicht verbrauchten Stimmen und die Stimmen eines Wahlvorschlags der weniger als 60 000 Stimmen erlangt, werden nach dem einen Vorschlag für das ganze Reich, nach anderen Vorschlägen erst für eine bestimmte Anzahl von Wahlkreisen und dann für das Reich zusammen gerechnet, und auf je 60 000 dieser Reststimmen soll auch hier wieder je ein Abgeordneter entfallen.

Ueber die Frage, wie groß die Wahlkreise sein sollen, die diesem automatischen System der Verhältniswahl zugrunde gelegt werden, werden in den Vorentwürfen verschiedene Vorschläge gemacht, und es wird Sache des Verfassungsausschusses und schließlich der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung sein zu entscheiden, ob das vorgeschlagene System gewählt und welche Größe der Wahlkreise dann genommen werden soll.

Der leitende Gedanke der Wahlrechtsvorschläge des Reichsministers des Innern ist, einer jeden Partei fast mathematisch genau den Anteil an Mandaten im Reichsparlament zu sichern, der ihr nach ihrer Gesamtstimmenzahl gebührt. Je reiflicher dieses Problem gelöst wird, um so weniger kann offenbar von der Bevorzugung oder Benachteiligung irgend einer Partei oder Gruppe die Rede sein, um so klarer kommen die wirklichen Machtverhältnisse zur Geltung.

Der große Ausverkauf.

Werteproduktion und Wiederaufbau.

Seit Monaten haben wir dem deutschen Volke zugerufen: arbeitet, schafft Werte, mit dem Fleiß und der Ausdauer, die von jeher des deutschen Volkes Ehre und Stolz waren, und wir werden wieder hochkommen! Unser Zureden ist im allgemeinen auch nicht ohne Erfolg geblieben. Arbeitslust und Arbeitsfreude sind im Begriff, in die Werkstätten ihre Rückkehr zu halten. Auch die Arbeitsleistungen sind wieder gestiegen, teilweise sogar wieder bis zur Höhe der Vorkriegszeit.

So schafft das deutsche Volk tatsächlich neue Werte um seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Aber für die Werte, die wir an das Ausland verkaufen, um von diesem dafür Gegenleistungen zu beziehen, erhalten wir keine entsprechenden Gegenwerte. Der traurige Austausch der Mark hat bei uns die Wirkung ausgelöst, die man den großen Ausverkauf nennt. Geschäftsleute, die bei uns den Namen Industrielle und Kaufleute zu Unrecht führen, verkaufen zu viel zu billigen Preisen an das Ausland, und dessen Käufer schleppen zu diesen für sie äußerst vorteilhaften Preisen aus dem Warenhaus Deutschland heraus, was zu holen ist.

Deutschland muß so auf die Dauer ausgepowert werden. Alles Wertschaffen kann schließlich nichts helfen, wenn die eigentlichen Ruhestellen außerhalb seiner Grenzen sich befinden. Wir müssen nach Gegenmaßnahmen gegen die stumme, uns ruinierende Wertverschleuderung greifen. Die einfachste wäre eine sofortige völlige Angleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise. Eine solche ist aber bei der revolutionären Wirkung, die sie bei uns auf die Inlandspreise, auf Arbeitslohn und Gehälter ausüben würde und müßte, zurzeit unzulässig. Wir müssen daher wenigstens für die Waren, die wir an das Ausland abgeben, die Preise in annähernder Höhe der Weltmarktpreise bemessen. Wir müssen für unsere Waren die entsprechenden Gegenwerte bekommen. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir für die Waren, die wir ausführen, die Rohstoffe selbst teuer im Ausland kaufen müssen, um so teurer, je tiefer unser Valutastand ist. Das können wir auf die Dauer nur, wenn wir uns durch die Ausfuhr zu angemessenen Preisen entsprechende Devisen verschaffen.

Einen solchen Rohstoff- und Warenausgleich mit dem Ausland können wir bei unserer Eigenart als ein hervorragend industrielles Veredelungsland nicht entbehren, wenn wir überhaupt wieder hochkommen wollen. Für diese unsere Eigenart bieten sich glücklicherweise aber gute Aussichten. Der Warenhunger wird in der Welt noch auf Jahre andauern. Deutsche Veredelungsprodukte werden daher noch lange gefragt sein. Wir können also ausländische Rohstoffe nicht entbehren, bekommen sie aber nicht, wenn wir nicht entsprechend zahlen können. Wir müssen uns

bisher unsere Ausfuhrwaren angemessen bewerten lassen.

Trotz der in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit wiederholt erhobenen Forderung, bei der Ausfuhr möglichst an den Weltmarktpreis grenzende Preise zu nehmen, dauert das Verschleudern deutscher Waren an. Das Ausland droht, sich durch Einfuhrverbote und Differenzialzölle gegen den deutschen Wettbewerb abzuschließen. Unter diesen Umständen wird, wie vom Reichsverband der deutschen Industrie selbst betont wird, die deutsche Industrie sich darauf gezwungen sehen müssen, daß zum mindesten für die nächste Zeit kein freier Wettbewerb beim Auslandsverkehr herrsche, sondern eine noch erheblich strengere Kontrolle der Aus- und Einfuhr eintreten wird, weil der Verschleuderung deutscher Industrie- und Rohstoffe und der Ueberschwemmung mit fremden Luxuswaren unbedingt Einhalt geboten werden muß.

Eine solche Kontrolle setzt voraus, daß die Zollgrenzen fester geschlossen werden als bisher, und daß für Einfuhr und Ausfuhr eine gesunde Preispolitik getrieben wird. Die Schließung der Grenzen ist Sache der Regierung, die Festsetzung der Preise sollte jedoch durch die Organisationen der Industrie selbst, und zwar nicht mit beratender, sondern mit entscheidender Stimme erfolgen, also durch die Selbstverwaltungskörper, was zuzugestehen die Regierung anscheinend ja auch bereit ist. Wir müssen so zu einer planmäßigen Wirtschaftsführung gelangen. Nur bei ihr können wir erwarten, daß die erhöhte Gütererzeugung und Werteschaffung auch wirklich dem Inland zugute kommt und für den Wiederaufbau der Wirtschaft von Nutzen ist.

Das amerikanische Hilfswort.

Eine amerikanische Hilfskommission in Berlin.

Die Folgen der jahrelangen grausamen Blockade sind hinreichend bekannt. Tausende und Abertausende von Kindern und Erwachsenen sind der Unterernährung zum Opfer gefallen. Schreckenerregend ist heute die hohe Zahl an Tuberkuloseerkrankungen. Die Sterblichkeitsziffer wächst und erreicht allmählich eine beunruhigende Höhe. Hier tut eilige Hilfe not. Mit aufrichtigem Danke erkennen wir die Opferwilligkeit der Neutralen an. Hunderte von erholungsbedürftigen Kindern sind nach mehrwöchigem Aufenthalt in der Schweiz, Holland, Dänemark und Schweden neu gekräftigt und gesund in die Heimat zurückgekehrt. Aus den nördlichen Staaten sind bereits nicht unerhebliche Mengen an Lebensmitteln eingetroffen. Doch zur Hebung des allgemeinen Gesundheitszustandes des entkräfteten deutschen Volkes ist diese Unterstützung ungenügend.

Um so freudiger ist es zu begrüßen, daß jetzt in Amerika eine großartige allgemeine Unterstützungs-bewegung für Deutschland im Gange ist. Zur Durchführung dieses großen Hilfswerkes ist am Sonnabend eine aus fünfzehn Herren und Damen bestehende Quäkerkommission in Berlin eingetroffen. Die Kommission wird einen aus mehreren Millionen Dollars bestehenden Geldbetrag, der in Amerika durch freiwillige Gaben ausgebracht worden ist, zur Anschaffung von Nahrungsmitteln und Bekleidung zur Verfügung stellen bezw. bereits eingekaufte Lebensmittel und Bekleidungsstücke in Deutschland zweckmäßig durch den Zentralschuss verteilen lassen. Mehrere Transporte, die diesen Sammlungen entstammen, sind bereits vor kurzem in Deutschland eingetroffen und im Sächsischen Erzgebirge und in Thüringen zur Verteilung an die bedürftigen Bevölkerungsteile gelangt. Von amerikanischer Seite ist Deutschland jetzt auch die Lieferung von 20 000 Milchbüchsen angeboten worden. Ueber diese Frage schweben noch Verhandlungen. Die Verteilung der hier ankommenden ausländischen Lebensmittel erfolgt nur durch den Zentralschuss für Auslandshilfe, dem alle deutschen Zentralwohlfahrtsorganisationen angeschlossen sind und dessen Ehrenvorsitzender Reichspräsident Ebert ist. Die Verteilung erfolgt nur nach dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit. In den Kommunalverbänden wird eine Wohlfahrtsorganisation, die ähnlich zusammengefaßt ist, wie der Zentralschuss für die Amerika-hilfe die Verteilung vornehmen. Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse irgendwelcher Art eintreten, so ist zu erwarten, daß sich diese allgemeine amerikanische Aktion in Deutschland bald günstig bemerkbar machen wird.

Hoovers Liebesgabenaktion.

Neben dieser allgemeinen amerikanischen Aktion geht augenblicklich die Liebesgabenaktion Hoovers. Hoover bezieht die Zahl der in Amerika lebenden Deutschen auf ungefähr vier Millionen. Dadurch, daß diesen vier Millionen Deutschen durch sein neues Verfahren die Unterstützung ihrer hier lebenden Bekannten mit Lebensmitteln erleichtert wird, erwartet Hoover eine bedeutende Erleichterung für die allgemeine deutsche Ernährung. Die Leitung der Aktion wird wahrscheinlich die augenblicklich bereits in Ber-

lin befindliche Kommission des „American Relief Administration European Childrens Fund“, zusammen mit dem Arbeitsausschuß des deutschen Zentralschusses für die Amerika-hilfe übernehmen. Alle Pakete, Kisten usw., die Liebesgaben enthalten, brauchen keine Einfuhrbewilligung und unterliegen nicht der Beschlagnahme. 5 Kilogramm Pakete mit Liebesgaben irgendwelcher Art an Privatpersonen zum persönlichen Bedarf sind künftig vollständig zoll- und abgabenfrei. An Tabak dürfen diese Sendungen jedoch nicht mehr als zwei Kilogramm enthalten. Sendungen von Liebesgaben irgendwelcher Art an den Deutschen Zentralschuss für die Amerika-hilfe oder eine andere gemeinnützige Gesellschaft sind wie bisher in jeder Menge vollständig zoll- und abgabenfrei.

Eine Riesenanleihe.

Was die Finanzierung der künftigen Lebensmittel- und Rohstoffbelieferung Deutschlands anbetrifft, so schweben augenblicklich in Amerika wichtige Verhandlungen über ein großartiges Anleiheprojekt von mehreren Milliarden Dollars zur Gewährung von Krediten an die europäischen Länder. Inzwischen scheinen bereits die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und England zum Abschluß gekommen zu sein. Nach einem Bericht des „Daily Chronicle“ aus New York sei der eigentliche Auftrag des früheren britischen Außenministers Lord Grey in den Vereinigten Staaten gewesen, eine Riesenanleihe von 13 Milliarden Dollars vorzubereiten, in der alle früheren in den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Anleihen der Alliierten vereinigt werden sollen, zusätzlich der unbegleiteten Zinsen. Die Dauer der Anleihe wird fünfzig Jahre betragen. Die bisher abgeschlossenen Anleihen betragen neun Milliarden. Grey soll mit seinen Bemühungen vollen Erfolg gehabt haben. Der britische Finanzsachverständige Sir Georges Paish, der in New York eingetroffen ist, erklärte auch, daß die neue Anleihe, wodurch Europa neu ausgerüstet werden soll, einen erstaunlich hohen Betrag aufweisen wird. Weiter sagte er, daß die Vereinigten Staaten England Geld vorstrecken werden, weil England in den Vereinigten Staaten umfassende Anläufe vornehmen muß, um diese Waren in ganz Europa zu verteilen. Wenn England hinreichend Geld erhält, sei in Europa alles in Ordnung. Wenn aber England diesen amerikanischen Kredit nicht erhält, würden die europäischen Länder von Bankrott und Elend bedroht werden.

Effenbar handelt es sich außer um die Vereinfachung der bisherigen Anleihen noch um einen überschießenden Betrag von vier Milliarden für die Finanzierung der Einkäufe Englands von Rohstoffen und Nahrungsmitteln für Deutschland, mit deren weiterem Verkauf an die notleidenden Länder Europas England dann ein gutes Geschäft machen würde.

Die amerikanische Hilfe.

Die amerikanische Hilfskommission ist unter Führung von Mr. Scattergood in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen. Sie wurde von Mitgliedern des deutschen Zentralschusses für die Amerika-hilfe begrüßt und hielt mit diesen bereits eine Sitzung ab, um einen genauen Arbeitsplan aufzustellen. Soweit dieser in allen Teilen festliegt, soll die Tätigkeit der Kommission beginnen.

Im Reichswirtschaftsministerium erwartet man von der amerikanischen Hilfsaktion eine merkwürdige Milderung der Lebensmittelnot. Insbesondere dürfte der Zuwachs an amerikanischen Rüben für die Milchversorgung von erheblichem Einflusse sein. Um die erwarteten Lebensmittel nach ihrem Eintreffen der Bevölkerung gleichmäßig und gerecht zukommen lassen zu können, wird im Reichswirtschaftsministerium ein Verteilungsplan ausgearbeitet nachdem die in Betracht kommenden Gemeinden die Lebensmittel der Bevölkerung zuführen sollen. Ueber die Einzelheiten des Rationierungsplanes wird das Reichswirtschaftsministerium demnächst eine besondere Bekanntmachung veröffentlichen.

Die Goldzölle.

Wenn seinerzeit die Aufhebung des Gesetzes über die Goldzölle erfolgte, so geschah das nicht, weil die Regierung erkannte, daß dieses Gesetz eine falsche Tendenz verfolgte, im Gegenteil, die Grundgedanken des Gesetzes wurden damals für richtig gehalten und die Reichsregierung bekennt sich, wie die Wiedereinführung der Goldzölle beweist, auch noch heute zu der in dem Gesetz über Goldzölle niedergelegten Tendenz. Die Aufhebung des Gesetzes geschah damals, weil es durch die Entente völlig unwirksam gemacht wurde. Die britischen Behörden in Köln lehnten das Verlangen der deutschen Behörden, Abgaben nur in Gold zu erheben ab, und wenn auch bei der Einfuhr der Waren

über Hamburg Goldzölle verlangt werden, so war das für die Wirtschaft der Goldzölle ohne jede Bedeutung, da damit der Hauptstrom der Einfuhr nach Deutschland über den Westen gelenkt wurde, wo die Goldzölle nicht zu bezahlen waren. Es ist häufig genug in zahlreichen Artikeln die Frage des Ausverkaufs Deutschlands behandelt worden.

Wenn jetzt die Wiedereinführung der Goldzölle mit Genehmigung der Besatzungsbehörde erfolgt, so wird dies sicher ein geeignetes Mittel sein, um den Export deutscher Waren über das besetzte Gebiet zu erschweren, und ebenso wird dieses Gesetz für den Import von Luxusartikeln ein wesentliches Hindernis sein, da die Wirkung der Goldzölle natürlich eine Verteuerung der Waren zur Folge haben wird. Es bedarf keiner Frage, daß die einzuführenden Rohstoffe, die unbedingt für die Industrie notwendig sind, zollfrei eingeführt werden dürfen, denn eine Zollbelastung dieser Artikel würde die ohnehin schon ständig steigende Preiskurve noch weiter nach oben schnellen lassen. Was unter Rohstoffen zu verstehen ist, das muß natürlich von Fall zu Fall entschieden werden.

Der Goldzoll allein ist selbstverständlich nicht in der Lage, eine Besserung unserer Valutaverhältnisse zu schaffen. Hand in Hand damit muß eine strenge Kontrolle gehen, damit die Schmuggler und Schieber doch etwas vorsichtiger in der Ausübung ihres so schmutzigen Gewerbes werden. Eine gänzliche Ausrottung wird wohl bei diesen mit allen Schlägen und Maßnahmen des Gesetzes vertrauten Gesellen nicht möglich sein. Es wäre nun verkehrt, sich von den Maßnahmen der Regierung ein plötzliches Aufschwellen der Valuta zu versprechen. Es kann nur eine ganz allmähliche Besserung in der ersten Zeit kaum merkbar werden, während die Valutagebung eine um das zehnfache höhere Zollerhebung erforderlich gemacht hätte. Jetzt ist ja durch die mit dem 1. Januar erfolgte Wiedereinführung der Goldzölle, die für die Papiermarkt auf 900 Prozent festgesetzt, wenigstens etwas zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens getan.

Vor dem Friedensschluß.

Die Kommission Simson in Paris.
Die ersten Besprechungen der Kommission von Simson mit den verbündeten Vertretern zur Regelung der Fragen über das Inkrafttreten des Friedensvertrages, haben stattgefunden. Von französischer Seite war General Verod anwesend. Die Verhandlungen werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen, so daß der Zeitpunkt für den Austausch der Urkunde höchstwahrscheinlich noch weiter hinausgeschoben werden muß.

"Petit Parisien" sagt, man erwarte die Antwort der deutschen Regierung in betreff der schriftlich fixierten Zugeständnisse der Alliierten in der Scapa Flow-Angelegenheit. Generalsekretär Dutasta und Freiherr v. Versner hätten den 6. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages ins Auge fassen können. Es sei aber heute schon fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des strittigen Gerichtsstandes der Abstimmungsgebiete wolle General Verod alle Fragen so offen, daß spätere Verwicklungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden nicht vor dem 10., ja selbst 12. Januar erfolgen dürfte.

"Daily Price in Journal" behauptet, General Verod plane, noch etwa 10 Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, administrativen und militärischen Einzelheiten für die Überleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

Was den Ersatz für die in Scapa Flow versenkte Flotte anbelangt, so werden zunächst aus unseren Beständen 192 000 Tonnen geliefert werden; der Rest innerhalb dreißig Monaten. Wie groß dieser Rest sein wird, ist im Augenblick nicht zu sagen, sondern hängt von den Feststellungen ab, die die Kommission der Entente an Ort und Stelle in den Hafenstädten machen wird.

Was das Schicksal der Gefangenen in Scapa Flow anbelangt, so sollen sie in dem Augenblick ausgeliefert werden, in dem das Protokoll unterzeichnet ist, mit Ausnahme derjenigen, die sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben. Die Verurteilung der Flotte selbst wird aber — darüber herrscht unter den Beteiligten Einverständnis — nicht als Kriegsverbrechen angesehen.

Ein sanfter Druck auf Amerika.

Nach der "Heure" haben die Engländer dem Präsidenten eine Note überreicht, um darauf hinzuweisen, daß die amerikanischen Streitkräfte einen Bräuterkopf am Rhein Koblenz, besetzt hielten, daß aber die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von Versailles noch nicht ratifiziert hätten, also auch keinen offiziellen Vertreter in der rheinischen internationalen hohen Kommission haben könnten. Die Note spreche die Ansicht aus, um den Beschlüssen dieser Kommission und der Verwaltung der besetzten Gebiete keinen Widerspruch zu tun, werde es notwendig sein, daß der von den Amerikanern besetzte Bezirk in die französischen, englischen und belgischen Bezirke einbezogen werde.

Die neuen Steuerlasten.

Einzelheiten aus dem Umsatzsteuergesetz.
Durch das am 1. Januar in Kraft getretene Umsatzsteuergesetz ist der Kreis der Steuerpflichtigen im Vergleich zu der bisherigen Umsatzsteuer merklich erweitert worden. Auch die freien Berufe sind ab Umsatzsteuerpflichtig.

Dem neuen Gesetze sind Umsätze von 100 Mark nicht mehr steuerfrei. Heutzutage und ähnliche Hilfsleistungen, soweit die Kosten von den Krankenkassen zu erstatten sind, sind von der Steuerpflicht ausgenommen, ebenso die G. m. b. H., die den gleichen Zweck verfolgen, wie die Genossenschaften. Nach § 3 des Gesetzes sind auch die vom Reich, den Ländern und den Gemeindeverbänden unterhaltenen

Schlachthöfe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke umsatzsteuerfrei. Eine genaue Bestimmung des Begriffs der Gemeinnützigkeit soll die Ausführungsverordnung bringen.

Das neue Umsatzsteuergesetz kennt keine Befreiung der Lebensmittel. Nur für die Dauer der Zwangsbeschaffung sollen die davon betroffenen Lebensmittel durch die Ausführungsbestimmungen eine Ausnahmebehandlung erfahren. Den durch die Steuer stark belasteten, ärmeren kinderreichen Familien werden bei einem Einkommen unter 5000 Mark gewisse Vergünstigungen nach der Kinderzahl gewährt.

Die Steuerföge sind wesentlich erhöht worden. Statt 5 vom Tausend werden jetzt 1½ vom Hundert erhoben, bei Luxusgegenständen statt 10 vom Hundert 15 vom Hundert. Neben diesen beiden Steuern werden erhoben Sondersteuern für Inzerate, Post- und Gelddepots und Zatterföge. Die Art der Steuererhebung wird durch die Neuordnung geändert. Bisher war die Luxussteuer eine Kleinhandelssteuer, fortan ist sie im wesentlichen eine Herstellersteuer und nur dann eine Kleinhandelssteuer, wenn der Hersteller nicht zu fassen ist. Geblieben ist im neuen Gesetz die Unterscheidung zwischen Lieferung und Leistung, ferner die Schöpfung des Auslandsverkehrs und die Befreiung des Zwischenhandels.

Eine Milderung gegenüber dem geltenden Gesetz bringt jedoch die Festsetzung der Steuerabschnitte. Nach dem alten Gesetz wurde die Luxussteuer monatlich festgelegt nach dem neuen Gesetz vierteljährlich. Die nächste Luxussteuererklärung hat also zum 1. April 1920 zu erfolgen. Bei der Luxussteuer ist zu beachten, daß die Besteuerung sich ausschließlich auf hauswirtschaftliche Gegenstände bezieht. Frei sind auch Arzneimittel, Verbandstoffe, Gegenstände der Kranken-, Säuglings-, Wochenbettspflege, Vorrichtungen zum Ausgleichen körperlicher Gebrechen. Die erhöhte Steuerpflicht tritt nicht ein beim Gebrauch und Verbrauch in gewerblicher und beruflicher Tätigkeit.

Neu ist die gestaffelte Inzeratensteuer, die 10 Prozent beträgt bei Übernahme von Anzeigen, soweit sie sich nicht auf öffentliche Wahlen beziehen. Hierzu gehören auch die Wahlaufsätze. Auch schriftstellerische Beiträge werden vom Gesetz erfasst, soweit sie nicht in den Rahmen des von der Einkommensteuer ergriffenen Einkommens fallen. In dem Augenblick, wo man weiß, daß man "nachhaltig" Artikel schreiben wird, ist die Umsatzsteuerpflicht begründet.

Das neue Gesetz tritt in Kraft, wenn Entgelt und Leistung in die Zeit nach dem 1. Januar 1920 fallen. Vorauszahlungen für spätere Leistungen betreffen nur dann von der neuen Steuer, wenn in der betreffenden Branche und bei den in Betracht kommenden Persönlichkeiten derartige Vorauszahlungen üblich sind. Ueber die Liste der steuerpflichtigen Gegenstände (§ 15 und § 21) werden die Ausführungsbestimmungen nach eingehenden Besprechungen mit sämtlichen beteiligten Kreisen abgefaßt werden.

Zwei neue Reichsteuern.

Das Reichskabinett hat zwei neuen Steuerentwürfe zugestimmt. Die eine enthält die "Körperschaftsteuer", die andere die "Ergänzungssteuer" zur Reichseinkommensteuer. Die erste Vorlage bringt die Besteuerung aller Körperschaften sowohl derjenigen, deren Tätigkeit auf einen Erwerb abzielt, wie auch der Nicht-Erwerbstätigen. In der letzten Kategorie fällt dann die sogenannte tote Hand. Der Steuerertrag wird für die Nicht-Erwerbstätigen mit 10 v. H. des Einkommens vorgeschlagen, für die anderen gestaffelt zwischen 10 und 30 v. H. Das Ergänzungsteuergesetz enthält auch die sogenannte Aufwandssteuer, die den übermäßigen Aufwand treffen soll.

Verkürzung der Pensionen.

Die Nebeneinkünfte sollen in Beziehung zu der Pension gebracht werden.

Bei der Suche nach neuen Steuerquellen ist man auch auf die Idee gekommen, die Pensionen der in den Ruhestand getretenen Beamten und Offiziere zu verkürzen für den Fall, daß Nebeneinkünfte vorhanden sind. In den Reihen der Pensionäre ist dadurch eine gewisse Unruhe eingetreten.

Wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" jetzt mitteilt, trifft es tatsächlich zu, daß man im Reichsfinanzministerium daran arbeitet, gewisse Nebeneinkünfte in Beziehung zu der gezahlten Pension zu bringen, zumal in vielen Fällen die Pension weit geringer ist, als die sonstigen Einnahmen. Es wird sich nicht umgehen lassen, daß auch kleinere Nebeneinkünfte in eine gewisse Relation zur Pension gebracht werden, aber in solchen Fällen will man sich mit einem ganz minimalen Abzug begnügen.

Hiermit wird also amtlich bestätigt, daß selbst bei kleineren Nebeneinkünften noch ein allerdings nur minimaler Abzug gemacht werden soll. Bei größeren Nebeneinkünften ist demnach an größere Abzüge von den Pensionen gedacht. So verlockend eine Verkürzung der Pensionen für das Reich in finanzieller Hinsicht sein mag, so darf man doch nicht vergessen, daß es sich bei den Pensionen um wohl-erworbene Rechte handelt. Selbst wenn im einzelnen Fall ein Pensionär das Glück haben sollte, eine neue gut bezahlte Stellung zu finden, so wäre es nach Ansicht des "Berliner Tageblattes" anstößig, wenn ihm das Reich deshalb seine Pension vorenthalten sollte. Damit scheine sich aber der Reichsfinanzminister nicht begnügen zu wollen, da auch für kleinere Nebeneinkünfte ein Abzug in Aussicht gestellt wird. Das wäre gar nichts anderes als eine Sonderbesteuerung der Pensionäre, die dem doch wohl mit der steuerlichen Gerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen wäre.

Politische Rundschau.

— Berlin, 3. Januar 1920.

General Kiesel, der Führer der Entente-Kommission zur Überwachung der Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen, ist nach Erledigung seiner Mission wieder in Berlin eingetroffen.

— Kunzins Paccelli ist von Köln nach München abgereist. Er ist, laut "Köln. Volksztg.", von dem Auftrage des Papstes mit dem Metropolitankapitel gepflogenen Verhandlungen sehr befriedigt. Das Kapitel wird binnen kurzem zur Wahl des neuen Erzbischofs schreiten.

— Der bayerische Gesandte beim Vatikan, v. Ritter, ist in Rom angekommen.

— Die Übergabe Brombergs an die Polen erfolgt am 17. oder 18. Januar.

— Der Belagerungszustand über Großhamburg sowie über den Regierungsbezirk Allenstein ist von der Reichsregierung aufgehoben worden.

Die Reise der deutschen Geiseln in die französischen Kriegsgefangenenlager. Die in Paris angekommenen evangelischen und katholischen deutschen Geiseln sind in Begleitung französischer Offiziere in drei Gruppen in die Provinz gereist, um die deutschen Kriegsgefangenen zu besuchen. Das dem Vatikan nahestehende römische Blatt "Osservatore Romano" veröffentlicht eine Adresse des Internationalen Roten Kreuz-Komitees an den Papst zugunsten der Kriegsgefangenen in Sibirien. "Corriere d'Italia" berichtet, daß der Papst bereits den päpstlichen Vertreter in Fern beauftragt hat, sich mit dem Genfer Komitee wegen eines gemeinsamen Vorgehens für die Kriegsgefangenen zu verständigen.

Friedensvertrag und Kohlenversorgung. Nach Mitteilungen, die offiziell in München eingetroffen sind, wird nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages die Kohlenversorgung Deutschlands sich noch schwieriger gestalten. Am Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages wird die Befreiung oberschlesischer Gebiete erfolgen, so daß die Zufuhr von Kohlen von Oberschlesien nach Deutschland ins Stocken geraten wird. Ferner wird nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Kohlenlieferung aus dem Ruhrgebiet an die Entente, die jetzt täglich 300 Wagen beträgt, auf das doppelte gesteigert werden müssen. Aus diesen zwei Folgerungen des Friedensvertrages geht hervor, daß ab 10. Januar etwa die Kohlenversorgung von Deutschland vor neue Schwierigkeiten gestellt sein wird.

Lokales und Provinzielles.

An die Winzer des Rheingaues!

Die Landwirtschaftskammer prämiiert auch in diesem Jahre kleine selbständige Winzer und Hofleute für gute Pflege und Düngung der Weinberge und giebt des weiteren auch Zuschüsse für im Jahre 1919 ausgeführte Drahtanlagen in Weinbergen. Anträge sind bis 31. Januar an Herrn Landesökonomierat Ott in Rüdesheim einzureichen. Denselben für Drahtanlagen sind die genauen Kostenrechnungen beizufügen und ist anzugeben, ob die Anlagen mit oder ohne Festvorrichtung ausgeführt worden sind.

Schilling,

Obst- und Weinbau-Inspektor, Geisenheim.

§ Geisenheim, 6. Jan. Infolge der kalten Witterung ist der Wasserstand des Rheines in den letzten beiden Tagen sehr rasch gefallen. Wenn auch die tiefliegenden Acker und Wiesen noch unter Wasser stehen, so ist doch die Gefahr für die Häuser so weit abgewendet. In den betroffenen Häusern ist man beschäftigt, das in die Keller gedrungene Wasser zu entfernen. Aber Monate wird es dauern, bis die durchwachten Grundmauern wieder einigermaßen trocken werden. Vom Oberrhein wird weiter rasch fallender Wasserstand gemeldet. Die Rheinschiffahrt ist bereits teilweise wieder aufgenommen worden. Auch die Trajektschiffe Rüdesheim—Bingen fahren wieder.

§ Geisenheim, 6. Jan. Herr Friedrich Kramer zu Mainz verkaufte sein in der Zollstraße 8c belegenes Wohnhaus an Herrn Weichensteller Martin Walther zum Preise von 20 000 Mark.

§ Geisenheim, 6. Jan. Zu einer schlichten Weihnachtsfeier hatte gestern Abend die Ortsgruppe Geisenheim-Johannisberg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ihre Mitglieder im Vereinslokal (Chr. Ober) vereinigt, um den zurückgekehrten Geisenheimer Kriegsgefangenen eine Weihnachtsfeier in der Heimat zu bereiten. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Jos. Daniel, begrüßte alle Kameraden in herzlicher Weise und legte nochmals Zweck und Ziele des Reichsbundes dar; er gedachte der dem Kriege zum Opfer gefallenen und noch in Gefangenschaft weilenden Kameraden, die Zurückgekehrten und Hinterbliebenen zu neuem Mut auffordernd, alles Schmerzliche zu vergessen und auf den Reichsbund zu vertrauen, der sich einzig und allein zur Aufgabe gemacht, die Leiden aller Beschädigten zu mildern und die Not der Hinterbliebenen zu lindern. Herr Bürgermeister Dr. Schneider, gerne der Einladung gefolgt, freute sich sehr, einmal unter den Kriegsbeschädigten weilen zu können, mit denen er auch 4 Jahre seine Gefolge geteilt habe. Es sei seine und der Heimatgemeinde vornehmste Aufgabe, die Leiden und Not der Krieger zu lindern und an ihn herantretende Gesuche fänden jederzeit befriedigende Erledigung; wenn auch nicht alles bewilligt werden könne, was verlangt, so liege das in den Verhältnissen. Seine Worte endeten mit einem dreimaligen Hoch auf unsere liebe, deutsche Heimat. Der Ortsauschluß für die Heimkehrer hatte die Ortsgruppe mit der Verteilung der Geschenke an die Kriegsgefangenen betraut; es erhielten 34 Zurückgekehrte je eine Flasche Wein "Willkommenstrunk für die heimgekehrten Kriegsgefangenen, gegeben von Gebr. Hoehl, Geisenheim", 3 Zigaretten und 1 Gutschein, wofür am Samstag den 10. Januar, nachm. 1 Uhr, in der Kinderschule Anzüge, Leibwäsche und warme Unterkleidung verabfolgt wird. Den Dank der Heimkehrer erstattete Herr Mathias Stoll II. Herr Knoll-Johannisberg fragt an, ob es sich nicht ermöglichen lasse, den Johannisberger Kriegsgefangenen die gleiche Freude zu bereiten. Herr Daniel erwidert, daß nur die Geisenheimer bedacht werden können, er wolle aber sofort an die dortige Ortsbehörde herantreten, damit auch die Johannisberger Kriegsgefangenen in den gleichen Genuß treten würden. Für eine

künstlerische Musik sorgten in abwechslungsreicher Weise Herr Willy Wolf-Geisenheim (Violine) und Herr J. Sieb-Johannisberg (Klavier). Dank gebührt gleichfalls Herrn Gastwirt Ober für die reiche Dekoration. So hat eine kleine, schlichte Feier im Kameradenkreise einen würdigen Abschluß gefunden.

Geisenheim, 6. Jan. Im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland ist der Versand der Päckchen ebenfalls zugelassen, jedoch mit der Einschränkung, daß keine brieflichen Mitteilungen in die Päckchen eingelegt und darin auch sonst keine Gegenstände verpackt werden dürfen, deren Ein- oder Ausfuhr im Paketverkehr verboten ist.

Geisenheim, 6. Jan. Der am 13. November mit 2114 Tonnaden von New-York nach Hamburg abgegangene Dampfer „Kerwood“ der Kerr-Linie in New-York ist am 1. Dezember auf der Höhe von Texel auf eine Mine gelaufen und gesunken. Schiff und Ladung gelten als verloren. Für die in Verlust geratenen Postpakete deren Zahl auf etwa 15000 geschätzt wird, leistet weder die deutsche noch die amerikanische Postverwaltung Ersatz.

Δ Dreikönigstag. Das ist der eigentliche Abschlußtag der Weihnachtszeit, und die drei Könige aus dem Morgenlande, Kaspar, Melchior und Balthasar, mit ihrem Stern sind bei der Schulfugend in manchem Orte noch immer nicht vergessen. Wir wollen über das Singen am Dreikönigstage nicht streng heute denken, die Kinder können etwas Poesie gebrauchen, und es schadet nichts, wenn es mit dem letzten Stück Weihnachtsliedern verknüpft ist. Dreikönigstag oder Mohrenfest gilt auch als Anfang für die Winterfestlichkeiten des Karnevals. Die Stimmung im Volke kann sich wohl auch nicht so recht mit Mummenschanz und ausgelassenheit befremden, Vergangenheit und Gegenwart lassen noch zu stark auf einem frohen Gemüt. Aber eine maßvolle Anregung durch heitere Stunden nach pflichtgetreuem Arbeitstage sollen wir nicht verwerfen. Der Lebende hat seine Rechte, aber nach erfüllten Pflichten. Saure Wochen, frohe Feste!

Δ Verwendung von Steinsalz zu Pöbelzwecken. Bei den jetzt zahlreich stattfindenden Hauschlachtungen werden die knappen Vorräte an Steinsalz, die auf den Kohlenmangel der Salinen zurückzuführen sind, häufig äußerst schnell empfinden. Es erscheint daher angebracht, auf die Verwendbarkeit des Steinsalzes zum Pöbeln hinzuweisen. Nach gutachtlichen Mitteilungen von Gewerbetreibenden bestehen grundsätzlich gegen die Verwendung des Steinsalzes zu Pöbelzwecken keine Bedenken. Eine der größten Konservendosenhersteller verwendet es bereits seit Jahren. Nur kann die „Schärfe“ des Steinsalzes leicht zum Verschmelzen des Fleisches führen, wogegen eine Beschränkung der Steinsalzmenge auf $\frac{1}{2}$ der Steinsalzmenge beim Pöbeln des Fleisches oder längeres Wässern des mit Steinsalz gepöbelten Fleisches vor dem kochenmäßigen Gebrauch schützen soll. Empfohlen wird auch, Steinsalz nur in mittlerer Körnung zu verwenden, da die leichtere Mahlung vielfach hart zusammenballt.

Δ Verkehr mit Wild und Gänzen. Die Vorschrift, daß ein Teil der Jagdbeute, insbesondere bei Treibjagden, staatlichen Wildabnahmestellen zur Verfügung gestellt werden mußte, ist durch Verordnung der Reichsregierung aufgehoben worden. Außerdem ist die Stationierung der Gänzer aufgehoben, weil sie praktisch ohne jede Bedeutung war. Um eine unangenehme Preissteigerung zu verhüten, ist der Reichswirtschaftsminister ermächtigt worden, Höchstpreise für den Großhandel mit Wild festzusetzen.

× Rüdesheim, 3. Jan. Folgende Preise wurden hier bei Weinbergversteigerungen erzielt. Die Weinberge der Geschwister Borthaler im Wubenberg kosteten 67 Mk., auf der Maßmayer 101.50 Mk. die Rute. Die Weinberge der Frau Georg Weiderlinden im Katerloch stellten sich auf 130 Mk., auf dem Kleeberg auf 35 Mk., im Engerweg auf 157 Mk., im Kroneß, und Lay auf 368 Mk. in der Linngrub auf 125 Mk., im Hasenläufer auf 157 Mk., im Kirchenpfad auf 154 Mk., im Fehelberg auf 102 Mk. die Rute. Ein Weinberg des A. Hild im Engerweg wurde für 17 Mk. und die Weinberge von Johann Blattersbach im Geisberg 95 Mk., in der Grenz 71 Mk. die Rute zugeschlagen.

× Aus dem Rheingau, 6. Jan. Die Nachfrage nach 1919er ist rege. Allenthalben hat sich die Einwirkung der Preise der Weinversteigerungen der Preussischen Weinbaudomäne auf die 1919er fühlbar gemacht. Noch vor der Versteigerung erlöste man durchschnittlich 18000—20000 Mk. für die 1200 Liter, dagegen kostete jetzt das Stück schon 24000—26000 Mk. Die Mehrzahl der Winzer hält dabei noch, in Erwartung höherer Preise zurück.

× Vom Rhein, 4. Jan. Unglaubliche Preise werden, wie vom Rhein berichtet wird, bei der Verpachtung einzelner Rheinfischereibereiche geboten. Der Bezirk Camp stieg von 108 auf 4680 Mk. oder um 4316 Prozent, der Bezirk Braubach von 116 auf 3260 Mk. oder um 2800 Prozent. Die Wächter sind niederrheinische Fischer. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Pfund Rheinfisch 30 Mk. und darüber kostet.

× Xingen, 3. Jan. Der Wasserstand des Rheines ist um weitere 5 cm. zurückgegangen, so daß heute der hiesige Pegel eine Höhe von 5.33 Meter anzeigte. Während ein Teil der Rheinanlagen noch unter Wasser steht, sind der Bahnhof und die Viktoria-Anlagen mit Ausnahme der Unterführungen vollkommen von Wasser frei. Der stärkere Frost der in der letzten Zeit einsetzte, dürfte weiteres Fallen des Wassers nach sich ziehen. Auch die Nahe ist stark zurückgegangen. Die unter Wasser gelegene Gerbhausstraße ist vollständig wieder frei, so daß man sie trockenen Fußes durchschreiten kann. Nur vereinzelte Höfe in der Gerbhausstraße, die ziemlich tief liegen, sind noch unter Wasser. Allenthalben arbeitet man wieder eifrig an der Freilegung der Schächte und Kanäle, um dem zurückgebliebenen Wasser einen Abfluß zu verschaffen.

× Die Zwangsverwaltung deutscher Interessen in Italien. Die Auskunftsstelle über den Friedensvertrag

des Hansa-Bundes teilt mit, daß in Italien eine Verordnung erlassen worden ist, wonach innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Zwangsverwaltung von deutschem Vermögen jeder Art den Eigentümern oder ihren rechtlichen Vertretern in Italien den entgeltlichen Rechenschaftsbericht für das Verwaltete deutsche Eigentum vorlegen sollen. Es ist daher allen Personen, welche in Italien Vermögen besitzen, zu raten, sich auf die Rechnungslegung vorzubereiten und gegebenenfalls einen Vertreter in Italien mit gerichtlichen oder notariell beglaubigten Vollmachten zu versehen. Anleitung zur Ausfüllung der Vollmacht übermittelt auf die diesbezüglichen Wunsch der Hansa-Bund, Berlin N W 7, Dorotheenstraße 36.

FB „Der Rhein im Bild“. Eine Brachtausgabe, wie es selten eine gegebene gab, bietet anlässlich der Weihnachtszeit der Rhein im Bild seinen Lesern. Die Mannigfaltigkeit der behandelten Themen, die feine Ausstattung und die außergewöhnlich große Anzahl kunstvoller photographischer Aufnahmen geben dieser Nummer einen ganz bedeutenden Wert, der ihr einen ehrenvollen Platz unter dem Christbaum sichern dürfte. Darin wird man allerlei Interessantes über Literatur, Oekonomie, Jagd, Sport, Mode usw. finden und meist mit der Unterschrift ganz hervorragender Schriftsteller. Die bloße Aufzählung der Hauptartikel wird schon einen Begriff des reichhaltigen Inhalts dieser Nummer geben: „Weihnachten 1919“, „Der Rhein als Friedensflüsterer“ von René Binon von der Revue des 2. Mondes, „Für die jungen Handwerker“, „Vom deutschen Weidwerk“, „Der Sieg Carpentier's“ von M. Forbis (mit Originalbildern), „Die drei Vögel im Wiesbadener Wappen“, „Mosel- und Saaranalysierung“, „Winterport im Taunus“, „Le problème syndical au point de vue catholique“ exposé par M. l'abbé Desgranges, „L'éclair-Charité-Evocation-Gedichte“, „Und Friede den Menschen“, „Die Mode von Juliette Clarend“, „Poesie et Vérité, conte de Noel par M. F. Bainville“.

Aus Stadt und Land.

× Deutsche Gefangene aus Japan. Nach einer von der Schweizerischen Gesandtschaft in Tokio eingegangenen telegraphischen Meldung hat der erste Deutsch-Japanische Transport von Kriegsgefangenen aus Japan am 28. Dezember auf dem Dampfer „Kisshu Maru“ Kobe verlassen. An Bord befinden sich 43 Offiziere, 72 Vortrupp-Unteroffiziere und 826 Mannschaften insgesamt 941 Mann. Der Transport, dessen Führer der Kapitän z. S. Bollertus ist, umfasst die Mehrzahl der Kriegsgefangenen aus den Lagern Marashino-Monogahara, darunter die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen. Die Reise, auf der Tsingtau, Singapore, Sabang und Port Said angelaufen werden sollen, wird ungefähr 60 Tage dauern. — Die Reichsentrastelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Im Lager Lechfeld (Bayern) ist ein Transport von 530 deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Rumänien eingetroffen. Ein zweiter Transport ist in etwa acht Tagen zu erwarten.

× Kühlung des Hochwassers. Nach Meldungen vom Mittelsrhein ist der Höchststand des Hochwassers endlich überwunden. Der Rhein ist bereits bedeutend zurückgegangen, und wenn das inzwischen eingetretene klare Wetter anhält, dürfte die seit einer Woche unterbrochene Schifffahrt wieder aufgenommen werden können. Immerhin wird es noch geraume Zeit dauern, bis der Rhein in sein Flußbett zurückgeführt sein wird. Bei dem letzten derartigen Hochwasser in den achtziger Jahren brauchte der Rhein dazu etwa drei Monate.

× Vorwöchende Schließung der Schichtwerke? Die Leitung der Elbinger Schichtwerke wendet sich am Jahresende in einem Appell noch einmal an ihre Arbeiterschaft. Sie weist darauf hin, daß eine Schließung der Werke unausweichlich ist, wenn die Arbeitsunlust fort dauert. Sie führt folgendes aus: „Durch die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen hat die Schiffsbaufähigkeit für deutsche Rechnung im Elbing fast aufgehört. Die mit großen Opfern und unter Verpflichtung schwerer Garantien übernommenen Bauten für das Ausland haben sich durch die Arbeitsunlust so verpätet, daß die Lieferung mit großen sekundären Verlusten verbunden sein wird. Auch in allen anderen Abteilungen wird derart unwirtschaftlich gearbeitet, daß eine Schließung des Betriebes unvermeidlich ist, falls die Arbeiterschaft nicht zur Besserung kommt und sich der Beherrschung einer politischen Minderheit nicht entzieht.“

× Einer großen Kohlenlieferung ist man auf dem Bahnhof Schafte bei Gelsenkirchen auf die Spur gekommen. Drei Eisenbahnbeamten hatten mit Kohlen beladene Waggons, die von der Zeche zum Eisenbahnhauptbahnhof gebracht worden waren, beiseite geschafft und an Großhändler in Düsseldorf und Osnabrück verkauft. Wie bisher festgestellt werden konnte, sind achtzehn derartige Waggons verschoben worden. Die drei schuldigen Eisenbahnbeamten sind verhaftet worden. — Gegen ungerechte Eisenbahnbedienstete nimmt ein Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten in schärfster Form Stellung. In dem Erlaß, der sämtlichen Beamten und Arbeitern zur Warnung mitgeteilt werden soll, heißt es u. a.: „Bedienstete, die der Beteiligung an Diebstählen, Schieberungen und Bestechungen überführt sind, sind unter Ausschluss mildernder Umstände und ohne Rücksicht auf den Wert des entwendeten oder verschobenen Gutes oder die Höhe der Bestechungsgelder unter Beachtung der Bestimmungen des Beamtenrechtes oder des Arbeitsvertrages aus dem Eisenbahndienst zu entfernen und von der Wiedereinstellung für alle Zeiten auszuschließen.“ Hoffentlich zeitigt dieser Erlaß des Ministers auch den Erfolg, daß die früher gewohnte Ordnung und Sicherheit im preussischen Eisenbahnverkehr wieder hergestellt wird.

× Große Breitlingfänge bei Tausig. In der Tausiger Bucht bei Hela werden seit einigen Tagen überaus reiche Breitlingfänge gemacht. Tagesfänge von durchschnittlich 1000 Zentnern bringen den Fischern außerordentliche Verdienste, zumal von den Händlern für rohe Breitling enorme Preise, von 230 bis 250 Mark pro Zentner, angelegt werden.

× Vier Kinder durch eine Handgranate getötet. Beim Spielen mit einer Handgranate, die in Wunstorf bei Hannover gefunden hatten, ereignete sich eine Explosion. Vier Kinder wurden zerrissen.

× Schweres Eisenbahnunglück in Weisbaden. Am Freitag stieß der von Jernlohn kommende Güterzug 948 auf einen im Bahnhof Raltshof (Kreis Jernlohn) stehenden Personenzug. Zwei Reisende wurden getötet und zweiundzwanzig verletzt, darunter sechs schwer. Beide Lokomotiven und je zwei Personen- und Güterwagen wurden stark beschädigt. Weshalb der Güterzug das Haltesignal überfahren hatte, unterliegt noch der Untersuchung. — Ein zweites Eisenbahnunglück ereignete sich auf der Strecke Berlin-Schneidemühl. Zwischen den Stationen Friedeberg und Müdenburg stieß ein Güterzug durch Überfahren des Ausfahrsignals auf einen Güterzug. Von dem Güterzug sind ein Packwagen und vier Güterwagen, von dem Güterzug die Lokomotive, ein Post- und drei Güterwagen entgleist. Der Schiffschaffner Grams aus Landsberg wurde getötet, die Hilfschaffner Brambous und Wittling sind schwer verletzt. Der Verkehr zwischen Berlin und Schneidemühl ist einseitig hergestellt worden. Der Materialschaden ist groß.

× Eine Revolutionsdenkmünze. Der Frankfurter Kunstverein erläßt ein Preisausschreiben zur Herstellung einer Revolutionsdenkmünze als Erinnerung an die Umwälzung im November 1918. Es werden 11 Preise ausgesetzt in Höhe von 20000 Mark, ein erster mit 6000, ein zweiter mit 4000, ein dritter mit 3000, ein vierter mit 2000 und drei fünfte mit 1000 Mark sowie vier sechste mit je 500 Mark.

× Das schnellste Kriegsschiff. Der Schnellsteifort eines Kriegsschiffes wurde von dem soeben vollendeten englischen Torpedobootzerstörer „Thryon“ zurückerlegt. Das Schiff, das 273 Fuß lang ist und eine Tonnage von 1060 Tonnen besitzt, legte in einer Stunde über 45 Seemeilen (zirka 80 Kilometer) zurück. Diese Geschwindigkeit ist die höchste offizielle Leistung, die bisher von einem Kriegsschiff der Welt erreicht worden ist.

× Revolverattentat auf eine Prinzessin von Nassau. Auf die Prinzessin Hans von Ratibor ist nach dem „Oberbayer. Anzeiger“ bei einer Autofahrt ein Revolverattentat verübt worden. Es wurde auf sie ein Schuß abgegeben, der den rechten Unterarm traf. Die Verletzung wurde dann noch Schloß Rauden gebracht.

× Eisenbahnunglück bei Corbetta. Auf dem Bahnhof Corbetta bei Halle fuhr ein Personenzug auf einen dort haltenden Kohlenzug. Vier Fahrgäste und zwei Eisenbahnbeamte wurden schwer, fünf Personen leicht verletzt. Vom Kohlenzug sind einzelne Wagen zertrümmert ebenso sind zwei Personenwagen schwer beschädigt.

× Planmäßige Verabreichung der Eisenbahnzüge. Um langwierige, planmäßige Zugveränderungen, die auf der Strecke Hanau-Alsfeldburg stattgefunden haben, sind jetzt aufgedeckt worden. Die Täter sind auf die Eisenbahnzüge aufgesprungen, in die Güterwagen eingebrungen und haben die dort lagernden Waren hinausgeworfen. Gelfersheimer standen bereit, um die Waren in Empfang zu nehmen. Bisher wurden 16 Personen verhaftet. Große Posten Leder und Stoffe, die von solchen Diensthäusern herrühren, wurden beschlagnahmt.

× Eine halbe Million in der Handtasche. Nach dem erst vor kurzem in Berlin einer Handtasche eine Handtasche mit 100000 Mark Inhalt geraubt worden ist, ist jetzt einer Dame aus Charlottenburg auf gleiche Weise um eine halbe Million gekommen. Auf dem Wege zur Bank nahm sie plötzlich in einem Straßenbahnwagen zu ihrem Schreck wahr, daß ihre Handtasche verschwunden war. Diese enthielt 275000 Mark in Tausendmarkscheinen und in einer roten Lederen Brieftasche einen Scheck über 226000 Mark auf die Reichsbank und noch etwa 3—4000 Mark in kleineren Geldscheinen. Sie hatte bereits mehrere Straßenbahnlinien benutzt und weiß nun nicht, ob sie die Tasche irgendwo verloren hat oder ob sie ihr gestohlen worden ist. Das Geld scheint für viele Leute einen Wert mehr zu besitzen, da sie solche Mengen mit einer unglücklichen Gleichgültigkeit und Unvorsichtigkeit in der Handtasche mit sich führen.

× Bayerische Gastwirte gegen die Wucherverordnung. Die Gastwirtsinnungen von Würzburg und Schweinfurt nahmen Stellung zu der neuen Schleichhandelsverordnung. Sie drohen mit Schließung der Küchenbetriebe. Auch will man sich mit den Innungen von ganz Bayern ins Benehmen setzen.

× Eröffnung des Dampferverkehrs zwischen London und Köln. Wie der „Cologne Post“ von dem Hauptmann H. B. Burton mitgeteilt wird, sind nunmehr alle Anstalten getroffen, um einen unmittelbaren Dampferverkehr zwischen London und Köln aufzunehmen. Das erste Schiff soll in der ersten Woche des neuen Jahres von London nach Köln fahren.

× Meuterei bei der Ueberfahrt der amerikanischen Friedensdelegierten. Als Mann der Schiffbesatzung des amerikanischen Transportdampfers, der die amerikanische Friedensdelegation zurückbrachte, wurden wegen Meuterei auf offener See verhaftet. Bei der Meuterei wurden sechs Leute verwundet.

× Das Fehlen des Geruchsinnes ist der 48-jährige alten Ehefrau Marie Schubert aus Neufeld verhängnisvoll geworden. Die Frau verlor den Sinn vor einiger Zeit durch eine Krankheit. Als sie nun dieser Tage während des Geschirrabwaschens aus Versehen einen Gasbehälter des Kochers offenließ, merkte sie nicht, von dem ausströmenden Gas und atmete so lange ein, bis sie bewußtlos zusammenbrach. Als man sie auffand, war sie schon tot.

Kleine Nachrichten.

× Der Hamburger Straßenbahnverkehr wird infolge Kohlenmangels vom 26. Dezember bis zum 1. Januar eingestellt werden.

× Am Hamburger Hauptbahnhof wurde in der Silbesternnacht während eines Streites der freiwilligen Brandpfeiler Hermann Giese durch den 20-jährigen Maschinenbauer Herzog erschossen.

× Die preussische Bundespolizei beschlagnahmte auf dem Bahnhof Pirmasens-Ritterhausen zwei Waggons Schokolade im Werte von einer halben Million, die von Sachsen nach Berlin verschoben werden sollten.

straße, einzureichen.
Der Vorstand.